

A decorative graphic consisting of a grid of dots in various shades of gray and red, arranged in a pattern that suggests a map or a network.

# Ein kritischer Blick auf die amerikanische Anti-Terror-Politik inmitten des NSA-Skandals

**GARRETT M. GRAFF**

Juli 2013

- »Die Wahrheit ist, Wahlkämpfe sind Poesie, Regierungsarbeit hingegen ist Prosa«, so Mario Cuomo, der ehemalige Gouverneur von New York, in einer berühmten Rede aus dem Jahr 1985. Knapp fünfundzwanzig Jahre später musste Barack Obama eine ganz ähnliche Lektion lernen, als er vom Wahlkampf zum Regieren überging.
- Es dauerte nicht lange, bis nach Obamas Vereidigung die bittere Realität in seine Agenda von »hope and change« einbrach. Die »War on Terror«-Politik der Ära Bush zu entwirren, war schwerer als gedacht.
- Edward Snowdens Enthüllungen über die geheimen Überwachungsprogramme von CIA und NSA zeigen, wie fest die Methoden der Bush-Administration im Kampf gegen den Terror inzwischen verankert sind. So gut wie jedes von George W. Bush übernommene Programm wurde unter Obama ausgebaut.
- Die Ausweitung des amerikanischen Überwachungssystems ist atemberaubend und zugleich nicht überraschend. Das erschütterndste an PRISM ist nicht seine Komplexität oder die Reichweite der Datensammlung, sondern dass es die schlimmsten Aspekte der Anti-Terror-Politik verkörpert.
- Der amerikanische Ansatz des Kampfes gegen den Terrorismus hat vier wesentliche Probleme: 1. Die US-Regierung verwendet massive Ressourcen auf periphere Bedrohungen, während die steigende Bedrohung im Bereich der Computer- und Netzwerksicherheit sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vernachlässigt wird, und die »alltägliche« Bedrohung durch Waffengewalt sehr viel mehr amerikanische Leben kostet. 2. Die Vereinigten Staaten wissen immer noch nicht, wonach sie eigentlich suchen: Die NSA sammelt zu viele Daten, um sie sorgfältig zu verarbeiten und zu prüfen. 3. Die Amerikaner sind unfähig, eine vernünftige Diskussion über einen Kompromiss zwischen Sicherheit, Freiheit und Bequemlichkeit zu führen. Politisch ist es unmöglich, einmal gestartete Maßnahmen wieder zurückzunehmen. 4. Der Kongress übt keine wirksame politische Kontrolle aus, und es fehlt an Raum für eine sachliche öffentliche Debatte.



Um Edward Snowden und den Angriff des »Whistleblowers« auf das Herz des amerikanischen Geheimdienstes zu verstehen, ist es hilfreich, die Geschichte Mario Cuomos zu kennen.

Der New Yorker Gouverneur Mario Cuomo war einst die große Hoffnung der Demokratischen Partei, eine Generation vor Barack Obama. Seine scharfe Kritik an Ronald Reagan bei der Democratic National Convention 1984 war ein Weckruf für eine Partei, die sich gerade noch von der Niederlage Jimmy Carters im Jahr davor erholte. 1985 befand sich Cuomo auf Wahlkampftour im ganzen Land. Seine Reden wurden gefeiert und er galt als Anwärter für die Präsidentschaftswahlen 1988 oder 1992. Im Februar 1985 sprach Cuomo an der Yale University von den Schwierigkeiten, auch in Regierungsverantwortung noch zu seinen Idealen zu stehen. »Die Wahrheit ist, Wahlkämpfe sind Poesie, Regierungsarbeit hingegen ist Prosa«, sagte er einer Gruppe Studenten, die an jenem kalten Abend in Connecticut gekommen waren, um Cuomo zu hören. »Und erst wenn wir regieren, wenn der Wahlkampf vorbei ist, dann verstehen wir den Unterschied zwischen einer Rede und einem Gesetz.«

Während seiner drei Legislaturperioden als Gouverneur gab sich Cuomo die größte Mühe, seine Prinzipien nicht zu verraten; der katholisch erzogene Sohn italienischer Einwanderer kam sogar mit seiner eigenen Kirche in Konflikt. Seine Kritik an der Haltung zur Abtreibung war so scharf, dass der Kardinal von New York, Joseph O'Connor, öffentlich erwo, Cuomo zu exkommunizieren; in einer Rede in Notre Dame hatte Cuomo sogar die eigenen katholischen Lehren benutzt, um gegen die Anti-Abtreibungspolitik der Kirche zu protestieren. Fesselnde Reden und eine mitreißende Rhetorik waren jedoch nicht genug, um Cuomo bis ganz an die ersehnte Spitze zu bringen: Den Sprung ins Weiße Haus hat er nie geschafft.

Zwanzig Jahre später fiel die Rolle als talentierter Redner und große Hoffnung der Demokraten auf einen anderen Sohn einer Einwandererfamilie, Barack Obama. Sein Wahlkampfprogramm nahm die Idee der Hoffnung explizit auf: »hope and change« waren keine bloßen Worte mehr, sondern wurden das Motto aller Amerikaner (und vieler Menschen auf der ganzen Welt), denen die Auswüchse der Politik der Bush-Administration Sorgen machten. Vielleicht war diese Hoffnung nirgends stärker spürbar als bei Obamas Besuch im Berliner Tiergarten

während seiner internationalen »Rockstar«-Rundreise 2008. Als junger US-Senator, der die Landespolitik des Bundesstaats Illinois erst wenige Jahre hinter sich gelassen hatte, elektrisierte Obama Deutschland und zehntausende Menschen im Berliner Tiergarten mit einer leidenschaftlichen Rede, bei der er die Freiheit Berlins während des Kalten Krieges mit den Herausforderungen der Zeit nach 1989 verband.

Sieben Jahre nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 zeigte Obama Verständnis für den Argwohn Europas gegenüber den USA. Die sich abzeichnende Wirklichkeit der Anti-Terror-Politik der Bush-Administration, so Obama, laste schwer auf dem moralischen Gewissen Amerikas: Zwei festgefahrene Kriege um die »Freiheit« hatten Irak und Afghanistan instabil und mit einer ungewissen Zukunft zurückgelassen; die so genannten »harschen Verhörmethoden« grenzten an Folter; gemeinsam mit den Regierungen europäischer Länder hielt die CIA Terrorverdächtige in geheimen Gefängnissen fest und es gab verdeckte Operationen, bei denen Verdächtige auf offener Straße in Europa gefasst und an Orte rechtlicher Grauzonen wie Guantanamo gebracht wurden, wo hunderte Gefangene im Unklaren gelassen wurden, wann oder ob sie jemals vor Gericht kommen würden.

»Dies ist der Moment, in dem wir den Terrorismus besiegen und die Quellen des Extremismus austrocknen müssen, die ihn begünstigen. Die Bedrohung ist real und wir dürfen nicht vor der Verantwortung fliehen, sie zu bekämpfen. Wenn es uns mit der NATO gelungen ist, die Sowjetunion in die Knie zu zwingen, dann können wir auch eine neue und weltweite Partnerschaft aufbauen, um die Netzwerke außer Gefecht zu setzen, die in Madrid und Amman zugeschlagen haben, in London und Bali, in Washington und New York«, rief Obama der Menge entgegen, während die Abendsonne sich senkte. »Ich weiß, dass mein Land nicht perfekt ist. Es gab Zeiten, da es uns schwer fiel, das Versprechen von Freiheit und Gleichheit für alle Amerikaner zu halten. Auch wir haben Fehler gemacht und manchmal wurden unsere Taten unseren Absichten nicht gerecht.«

Martin Wegner, ein 38 Jahre alter Softwaretechniker, schien stellvertretend für die Menge zu sprechen: »Ich glaube nicht, dass Obama der Messias ist, aber ich hoffe, dass, wenn er gewählt wird, es ein paar grundlegende Veränderungen in der Außen- und der Sicherheitspoli-

tik gibt«, sagte er einem amerikanischen Reporter. »Ich hoffe, dass Obama den Vereinigten Staaten die Freiheit zurückgibt, die mit den Sicherheitsmaßnahmen nach 9/11 so leicht aufgegeben wurde.«

Viele Amerikaner teilten Wegners Hoffnungen. Einen Monat nach der Rede in Berlin akzeptierte Obama in einem Football-Stadion in Denver vor einer der größten Menschenmengen des ganzen Wahlkampfes die Präsidentschaftsnominierung der Demokratischen Partei. Im November gelang ihm ein überragender Wahlsieg, just zu jener Zeit als das Weltwirtschaftssystem einem vollständigen Zusammenbruch jeden Tag näher zu kommen schien. Amerikaner jeder Couleur nahmen an der Amtseinführung im Januar teil und seine ersten Schritte als Präsident wirkten tatsächlich wie der Anfang eines neuen Kapitels. Obamas erste präsidentielle Verfügung versprach größeren Zugang zu Regierungsentscheidungen. »In dieser Stadt gab es viel zu lange Geheimniskrämerei«, sagte er während seiner ersten Stunde im Amt. »Transparenz und Rechtsstaatlichkeit sollen die Prüfsteine meiner Präsidentschaft sein.« Am zweiten Tag seiner Amtszeit unterzeichnete er drei Verordnungen, in denen Anti-Terror-Maßnahmen der Bush-Administration rückgängig gemacht wurden: Er untersagte Folter, ordnete die Schließung von Guantanamo an und schuf einen Geheimdienst-Untersuchungsausschuss für den Umgang mit Häftlingen ohne Anklage, die während des »War on Terror« gefangen genommen wurden.

Leidenschaftlich sprach Obama nach der Unterzeichnung der Anordnungen über die Notwendigkeit eines fundamentalen Wandels. »Was wir der Welt mitteilen wollen, ist, dass Amerika weiter gegen Gewalt und Terrorismus vorgehen wird, wachsam und effektiv und im Einklang mit unseren Werten und Idealen«, so Obama. »Es sind gerade diese Ideale, die uns die Kraft und die moralische Hoheit geben, um effektiv mit der unvorstellbaren Gewalt umzugehen, die von terroristischen Organisationen auf der ganzen Welt ausgeht.«

Doch bereits in diesem Moment hatte die Wirklichkeit begonnen, an Obamas Agenda von »hope and change« zu kratzen. Ohne dass die Öffentlichkeit davon erfuhr, waren die Tage vor seiner Amtseinführung durchaus angespannt gewesen. Drei verschiedene Geheimdienstberichte wiesen darauf hin, dass al-Shabaab, eine der vielen islamischen Jihad-Gruppen aus dem internationalen Al-Qaida-Netzwerk, Terroristen aus Somalia entsandt

hatte, um die kanadische Grenze zu überqueren und während der Vereidigung Bomben auf der National Mall in Washington, DC zu zünden. Mehrfach hatten sich die Sicherheitsteams der alten und der neuen Regierung im Weißen Haus und dem Gästehaus (*Blair House*) getroffen, um in den Wochen vor der Amtseinführung die neuesten Geheimdienstinformationen auszuwerten.

Bei jedem Treffen stand eine Frage im Raum, die man nur hinter vorgehaltener Hand stellte: Wie real musste die Bedrohung werden, bevor die Regierung erwog, die Zeremonie abzusagen oder an einen sicheren Ort nach Drinnen zu verlegen? Während eines dieser Treffen hatte Hillary Clinton eine prägnante Frage gestellt: »Was soll Barack Obama tun, wenn während seiner Amtsantrittsrede eine Bombe in der Menge explodiert? Was passiert dann? Wird ihn der *Secret Service* vom Podium zerren, so dass die Amerikaner ihren neuen Präsidenten mitten in seiner Antrittsrede verschwinden sehen? Ich glaube nicht.« Die Entscheidung fiel, dass Obama, wenn irgend möglich, die Rede fortsetzen sollte.

Fast jede Stunde gab es neue Informationen. Ein Verdächtiger wurde durch den Londoner Flughafen Heathrow gejagt – es war eine wahre Verfolgungsjagd als sich die britischen Polizisten mit ihren Funkgeräten, die beim Laufen gegen ihre Hüften schlugen, und den schweren Gürteln ihren Weg durch die Menschenmenge bahnten. Erst nach weiteren Untersuchungen wurde klar, dass es sich um einen falschen Alarm gehandelt hatte. Regelmäßig rief ein Verhörteam aus Uganda in Washington an, wo die Vertrauenswürdigkeit eines Informanten mithilfe eines Lügendetektors geprüft wurde. Am Tag der Vereidigung sagte Obama die Generalprobe seiner Amtsantrittsrede ab, um noch einmal die jüngsten Geheimdienstinformationen im *Blair House* zu prüfen. Erst in den letzten Stunden vor der Zeremonie waren die Sicherheitsbehörden zuversichtlich, dass die Angst vor einem Angriff unbegründet war – ein weiterer Fall von tausend ähnlichen falschen Spuren, überbewerteten Bedrohungen und schwammigen Geheimdienstinformationen, die schon die scheidende Bush-Administration in Atem gehalten hatten.

Selbst inmitten der Euphorie nach der Wahl und der Vereidigung wussten die Berater von Obama bereits, wie schwer dieser neue Druck auf dem Präsidenten lastete. Schon kurz nach der Wahl erhielt Obama täglich Berichte von der CIA und den anderen Geheimdienstbehörden



über neue Bedrohungen. Nach einem der Briefings mit Mike McConnell, dem *Director of National Intelligence*, noch vor der Wahl, sagte Präsidentschaftskandidat Obama ironisch: »Wissen Sie, ich habe mir Sorgen gemacht, diese Wahl zu verlieren. Nachdem ich mit euch gesprochen habe, habe ich Sorge, die Wahl zu gewinnen.«

Obamas erstes Jahr als Präsident ist ein Beleg für Cuomos Satz, dass Regierungsarbeit Prosa statt Poesie ist. Die Anti-Terror-Maßnahmen der Bush-Administration rückgängig zu machen, stellte sich für die neue Regierung als schwerer heraus als gedacht. Außerdem wurde klar, was wenige vor dem Einzug ins Weiße Haus am 21. Januar 2009 erwartet hätten: Ihnen gefielen große Teile der Sicherheitspolitik der Bush-Ära.

\* \* \*

Fünf Jahre nach Obamas Amtsantritt haben die jüngsten Enthüllungen geheimer Abhörprogramme der *Central Intelligence Agency* (CIA) und der *National Security Agency* (NSA) durch Edward Snowden gezeigt, wie fest die Methoden der Bush-Administration im Kampf gegen den Terror inzwischen verankert sind. Tatsächlich wurde so gut wie jedes von George W. Bush übernommene Programm unter Obama ausgebaut – von den Überwachungssystemen der NSA bis hin zur gezielten Tötung von Extremisten durch Drohnen des Typs »*Predator*« und »*Reaper*«. Technologische Fortschritte haben es noch leichter gemacht, große Datenmengen zu verfolgen und zu sammeln. So wurden Programme möglich, von denen die Bush-Administration vor einigen Jahren nur träumen konnte. Heute baut die NSA in der Wüste von Utah ein zwei Milliarden Dollar teures Datenzentrum, um die Ergebnisse ihrer globalen Datensammlung zu speichern. Die Einrichtung ist so groß, dass sie ihr eigenes Kraftwerk braucht und eine jährliche Stromrechnung von 40 Millionen Dollar haben wird. Bald werden diese Überwachungsprogramme also nicht enden.

Selbst jene Programme, die die Obama-Administration gerne bald beendet sehen möchte, halten sich hartnäckig. Ein beispielloser, fünf Monate dauernder Hungerstreik einer Mehrheit der 166 verbliebenen Inhaftierten hat erneut auf die besorgniserregenden Zustände in Guantanamo aufmerksam gemacht; nicht wenige der Insassen befinden sich nun bereits seit über zehn Jahren in Haft, ohne dass eine Anklage erhoben wurde. Für viele scheint es keinen Ausweg zu geben: Sufiyan Barhoumi,

der 2002 gemeinsam mit dem Al-Qaida-Führer Abu Zubaydah gefangen genommen wurde, wollte sich im Frühling immer wieder der Kriegsverbrechen schuldig bekennen – nur weigert sich die Regierung, ihn anzuklagen.

Keine Geschichte der Terrorbekämpfung hat jedoch für so viel Wirbel gesorgt wie die Enthüllungen rund um das PRISM-Programm, eines der bis dato bestgehüteten Geheimnisse der US-Regierung.

Selbst für Kenner der Diskussionen um die nationale Sicherheit ist das Ausmaß der Überwachung durch die Regierung verblüffend – zugleich aber kommt sie nicht vollkommen überraschend. Diese Unterscheidung ist wichtig. Wer die Debatten der letzten sieben Jahre verfolgte, konnte eine massive Sammlung von Kommunikationsdaten vermuten: Es gab Hinweise auf Programme wie STELLAR WIND, was 2004 zu Aufregung innerhalb der Bush-Administration geführt hatte. Es blieben auch Fragen offen, wie die Geheimdienste mithilfe einer abgefangenen E-Mail 2009 hinter den Plan zur Bombardierung der U-Bahn von New York durch Najibullah Zazi gekommen waren. Außerdem wurde durch öffentlich zugängliche Statistiken bekannt, dass Behörden wie das FBI wöchentlich mehr als 1000 so genannte »National Security Letter« verschickten, um Telekommunikationsfirmen zur Herausgabe ihrer Kundendaten zu bewegen. PRISM ist aber auch deswegen keine Überraschung, weil die wichtigsten Figuren des Geheimdienstapparats schon vor langer Zeit das Potenzial der riesigen Datenmengen erkannten. General Keith Alexander, Chef der NSA und des *U.S. Cyber Command*, lernte während seiner Zeit im Irak den Wert von Informationen aus Telefonabhörungen, E-Mails und anderen Metakommunikationsdaten zu schätzen. »Anstatt nach der Nadel im Heuhaufen zu suchen, wollte er einfach den ganzen Heuhaufen einsammeln«, so ein früherer Geheimdienstangestellter gegenüber der *Washington Post* im Sommer dieses Jahres, nach dem Motto »Alles sammeln, markieren, speichern.«

Und trotzdem sind PRISM und der damit in Verbindung stehende Überwachungsapparat atemberaubend.

Die Komplexität und die schlichte Reichweite des Datensammelungsprogramms der NSA übersteigt alles, was die Amerikaner ihrer Regierung zugetraut hätten. General Alexander hat sich die Programme aus der Bush-Ära und der Zeit im Irak in einem viel größeren Maßstab zunutze gemacht.

Was jedoch am meisten an PRISM bestürzt, ist die Tatsache, dass es die schlimmsten Seiten des Anti-Terror-Kampfes verkörpert und damit als Fallstudie für die Irrationalität, die fehlgeleiteten Initiativen und die schlechte Politik gelten kann, die die Sicherheitsbehörden selbst 12 Jahre nach der Panikreaktion auf den 11. September noch immer umtreiben.

Snowdens Enthüllungen von PRISM und den verwandten Überwachungsprogrammen, die seit 9/11 wie Pilze aus dem Boden der Geheimdienste geschossen sind, weisen auf vier wesentliche Probleme des amerikanischen Ansatzes im Kampf gegen den »Terrorismus« hin:

1) **»Terror« ist nicht gleich »Terror«.** Mehr als zehn Jahre nach den Anschlägen des 11. September verschwendet die US-Regierung immer noch massive Ressourcen auf zunehmend periphere Bedrohungen, während steigende Bedrohungen im Bereich der Computer- und Netzwerksicherheit, der internationalen organisierten Kriminalität sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in den Hintergrund rücken, und die »alltäglichen« Gefahren sehr viel mehr amerikanische Leben kosten.

Die Regierung, die Medien und die Öffentlichkeit scheinen Bedrohungen in zwei Arten des Massenmords aufzuteilen. Abhängig von der Waffe und der Herkunft der Täter wird dabei eine eher unlogische Trennlinie zwischen »Terroristen« und »geistig Verrückten« gezogen. »Wenn die Amerikaner von Terror sprechen, meinen sie meist, dass ›irgendein Verrückter sich traut, öffentlich Gewalt mit etwas anderem als einer Handfeuerwaffe auszuüben«, schrieb die Kolumnistin Marissa Brostoff nach dem Bombenattentat beim Bostoner Marathon. »Massenmörder hingegen, die mit Schusswaffen töten (und nicht zufällig Moslems sind) werden normalerweise als Psychopathen jenseits des Politischen angesehen.« Bei der ersten Kategorie, den »Terroristen«, nehmen wir unsere Regierung in die Verantwortung, diese Taten zu stoppen und zu verhindern. Die zweite Kategorie, die »geistig Verrückten« scheinen für die amerikanische Gesellschaft irgendwie zum Alltag zu gehören, und das obwohl sie in den letzten Jahren mehr Angriffe ausgeführt und mehr Menschen getötet und verletzt haben als islamische Extremisten.

Vor zwei Jahren wurde bei einem Attentat der US-Kongressabgeordneten Gabrielle Giffords in den Kopf geschossen und ein Bundesrichter sowie fünf weitere

Menschen wurden bei diesem Anschlag getötet, einschließlich eines neun Jahre alten Kindes, das am 11. September 2001 geboren wurde. Ein Jahr später tötete ein anderer Schütze in einem Kino in Colorado 12 Menschen, 70 weitere wurden verletzt. Bei einem Amoklauf im Dezember 2012 wurden an einer Grundschule in Connecticut 27 Menschen erschossen. 20.000 Amerikaner fielen anderen Schießereien zum Opfer. Laut wissenschaftlichen Untersuchungen sind die überwiegende Mehrheit der Täter in Massenschießereien weiße Männer, die legal erworbene Waffen benutzen, um dann ihre Schulen oder ihren Arbeitsplatz ins Visier zu nehmen. Aus politischen und praktischen Gründen scheint es unmöglich, über diese Massenmorde zu sprechen, während die Regierung gleichzeitig immer mehr Geld in die innere Sicherheit pumpt, um auf einem Nebenschauplatz die Bedrohung durch islamische Extremisten zu bekämpfen.

2) **Wir wissen immer noch nicht, wonach wir suchen.** Die vielleicht größte Herausforderung im Kampf gegen den Terrorismus nach dem 11. September war die Menge an Zeit und Aufwand, die auf schlechte Geheimdienstarbeit verschwendet wurde und überhaupt zu viel Unruhe im System. Vor 9/11 war das Problem unter den Geheimdiensten, dass nicht genügend Informationen geteilt wurden. Heute ist es genau das Gegenteil: Zu viele Informationen werden hin und her geschickt, und niemand weiß so recht, wonach wir suchen. Die Vorstellung, dass die Regierung in Echtzeit alle Telefon-Metadaten sowie den enormen Internet-Verkehr sammelt, zeigt, dass wir immer noch nicht wissen, was wir da eigentlich tun. Die NSA speichert eindeutig zu viele Informationen, um sie richtig verarbeiten und prüfen zu können. Nicht alle 300 Millionen Amerikaner sind Terroristen. Auf Basis von Gesprächen mit Beamten der Anti-Terror-Organisationen schätze ich, dass die Bedrohung im Landesinneren eher von 3000 Menschen ausgeht. Lassen Sie mich für ein Gedankenspiel das Ganze um den Faktor 100 multiplizieren, dann sind wir bei einem Pool von 300.000 möglichen Terrorverdächtigen in Amerika – also ungefähr der Einwohnerzahl von Pittsburgh, Pennsylvania oder Cincinnati, Ohio. Die NSA aber sammelt faktisch Daten von einer Menschenmenge, die um drei Größenordnungen höher ist, eine enorme Verschwendung von Ressourcen, Rechenleistung und Personal, das es braucht, um die Informationen zu analysieren. Und das betrifft nur das Landesinnere der USA. Wenn man Aktivitäten auf globaler Ebene hinzuzieht, dann bekommt man einen Eindruck davon, wie sehr die Regierung beim Versuch

überhaupt zu verstehen, was sie da an Daten speichert, ins Schwimmen gerät.

### 3) Es gibt immer noch ein schwaches Anreizsystem.

Niemand in der Öffentlichkeit – ob gewählter Politiker oder Bürokrat – hat jemals Ärger bekommen, weil er in Fragen der Sicherheit zu streng war oder zu viele Geheimdienstinformationen hat sammeln lassen. 12 Jahre nach dem 11. September scheint das Land immer noch unfähig zu sein, eine sachliche Debatte über einen Kompromiss zwischen Sicherheit, Freiheit und Bequemlichkeit zu führen. Politisch ist es schwer, wenn nicht gar unmöglich, Maßnahmen rückgängig zu machen, wenn sie einmal angelaufen sind.

Im Frühling dieses Jahres meldete sich die *Transport Security Administration* (TSA), die für die Luftsicherheit zuständig ist, mit einem wohlüberlegten und vernünftigen Vorschlag. Die Kontrollen an den Flughäfen sollten gelockert und kleinere Messer an Bord erlaubt werden. Die Proteste des Kongresses und der Medien waren so heftig, dass der Vorschlag zurück gezogen wurde. TSA-Chef John Pistole legte dar, dass seine Behörde 2000 Taschenmesser pro Tag konfiszieren würde – Zeit, die man lieber auf den Kampf gegen echte Gefahren für Flugzeuge verwenden sollte, besonders vor dem Hintergrund, dass Stricknadeln und kleine Scheren bereits wieder an Bord erlaubt wurden, ohne dass es Zwischenfälle gegeben hätte. »Offensichtlich ist es nicht Teil ihrer Mission, Passagiere voreinander zu schützen«, beschwerte sich der Vorsitzende der Flugbegleiter-Vereinigung. »Ihnen geht es bloß darum, zu verhindern, dass ein Flugzeug abstürzt, in ein Gebäude rast oder in der Luft explodiert.« Doch genau das war das Argument John Pistoles. »Ein kleines Taschenmesser führt einfach nicht zu einer Katastrophe an Bord, eine improvisierte Bombe aber schon«, so Pistole, der 26 Jahre beim FBI gearbeitet hatte, bevor er zur TSA wechselte. »Außerdem wissen wir aus verdeckten Tests, bei denen nach solchen Gegenständen gesucht wurde, dass es unsere Beamten davon ablenkt, sich auf improvisierte Sprengkörper zu konzentrieren.« Pistole hat diesen Kampf verloren und seine Behörde konfisziert weiterhin 2000 Taschenmesser pro Tag, von denen keines zum Absturz eines Flugzeuges führen würde. Wenn es das Land nicht einmal schafft, das unnötige Verbot von Schweizer Taschenmessern aufzuheben, was für einen Anreiz soll es dann für die NSA geben, nicht jedes Byte an Daten zu sammeln, das technisch möglich ist?

### 4) Der Kongress übt keine wirksame politische Kontrolle aus – und die Öffentlichkeit ist unfähig, eine sachkundige Debatte zu führen.

Ende letzten Jahres veröffentlichte der US-Senat einen 6000 Seiten starken Bericht über die »harschen Verhörmethoden« der Bush-Regierung und die Folter von Gefangenen nach dem 11. September 2001. Es war ein verspätetes Beispiel politischer Kontrolle, das von den wenigen, die Zugang zu dem geheimen Dokument hatten, als eine der wichtigsten und gründlichsten Untersuchungen gefeiert wurde, die der Kongress jemals unternommen hat – ganz abgesehen davon, dass der Senat ein Programm untersuchte, das bereits 10 Jahre zurücklag. Die kalifornische Senatorin Dianne Feinstein erklärte, dass der Bericht »erschreckende Details des Haftsystems und der Verhörmethoden der CIA zutage gefördert hat und kritische Fragen über die Geheimdienstoperationen und ihre Kontrolle aufwirft.« Senator John McCain sagte, der Bericht sei zu dem Schluss gekommen, dass Folter weder Terrorangriffe verhindere noch amerikanische Leben gerettet habe. Der Bericht mache deutlich, so Senator Mark Udall, dass die CIA den Kongress systematisch im Unklaren über ihre Aktivitäten gelassen habe. Und dennoch versuchte die CIA in den letzten Wochen, die Veröffentlichung einer gekürzten und bereinigten Version des Berichts für die Öffentlichkeit zu verhindern.

Nach den jüngsten Enthüllungen durch Edward Snowden kommentierten die beiden Senatoren Mark Udall und Ron Wyden, dass die Aussagen der NSA, ihre Programme seien effektiv und würden minimal in die Privatsphäre eingreifen, »einfach nicht für bare Münze genommen werden sollten.« Tatsächlich mussten sowohl das Weiße Haus als auch die NSA öffentliche Verlautbarungen zurückziehen und überarbeiten, nachdem durch Snowdens Enthüllung deutlich wurde, dass diese sachlich falsch und irreführend waren. Bisher gibt es nur inkonsistente und kaum verlässliche Informationen dazu, inwiefern PRISM und ähnliche Programme tatsächlich Terrorangriffe verhindert haben. Vieles weist jedoch darauf hin, dass sowohl der Kongress als auch die amerikanische Öffentlichkeit immer noch wenig über das Ausmaß der Abhörprogramme wissen – und noch weniger darüber, was die NSA eigentlich mit den Daten macht, die sie sammelt. Dass Vertreter der Geheimdienste die Kritik mit dem Argument abwehren, die Programme seien alle rechtlich durch das geheime US-Überwachungsgericht abgesegnet worden, ist kaum beruhigend. Urteile des Gerichts, das über die Überwachungen entscheidet, sind

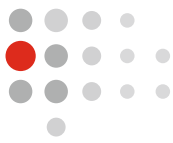


definitionsgemäß geheim und unterliegen keiner weiteren rechtsstaatlichen Kontrolle. Zwischen 2010 und 2012 hat das Gericht allen 5000 Abhörerträgen des Justizministeriums zugestimmt – nicht einer wurde abgelehnt.

Aufgrund dieser vier Probleme stehen US-Politiker zunehmend mit dem Rücken zur Wand: Die Bedrohung des Terrorismus ebbt ab, die Politik gegen ihn jedoch nicht. Im Jahre 2011 – dem letzten, für das verfügbare Informationen vorliegen – wurden weltweit 17 US-Bürger durch Terroristen getötet. Seit dem 11. September 2001 ist Al-Qaida kein einziger Angriff auf amerikanischem Boden gelungen. Das Attentat während des Marathons in Boston wurde von zwei so genannten »homegrown radicals« begangen, amerikanischen Bürgern, die in den USA radikalisiert wurden. Es war der erste erfolgreiche Angriff auf US-Bürger seit mehr als zehn Jahren. Und dennoch treibt unser politisches Klima die Politiker zu immer größeren Datensammlungen, immer ausgefeilteren Haftanstalten und einer immer weniger einladenden Demokratie.

Im Jahr 2013 hat die Obama-Administration die Poesie ihrer Anti-Terror-Pläne aus dem Wahlkampf längst ad acta gelegt. Die vermeintlichen Anschlagpläne während der Amtseinführung, das versuchte Attentat auf einen Flug nach Detroit am Weihnachtsabend 2009 und die Bomben beim Bostoner Marathon haben Obama darin bestätigt, in Prosa zu regieren.





## Über den Autor

**Garrett M. Graff** ist Chefredakteur der Zeitschrift *Washingtonian* und Autor von »The Threat Matrix: The FBI at War« (Little, Brown, 2011).

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa / Nordamerika |  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats  
Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249  
<http://www.fes.de/international/wil>

E-Mail:  
[FES-WENA@fes.de](mailto:FES-WENA@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

### Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation  
1023 15th Street, NW | Suite 801  
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444  
Fax: +1-202-408-5537  
Email: [fesdc@fesdc.org](mailto:fesdc@fesdc.org)  
<http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-625-3